

## VEREINBARUNG

ü b e r

Anlage 18.4

eine Maßnahme an einem Bahnübergang  
- §§ 3 und 13 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) -

z w i s c h e n

der DB Netz AG, Regionalbereich Südwest, Schwarzwaldstraße 86, 76137 Karlsruhe,  
- nachstehend „DB“ genannt -

u n d

der Gemeinde Pfinztal, vertreten durch deren Bürgermeister Heinz E. Roser,  
Hauptstraße 70, 76327 Pfinztal  
- nachstehend „Gemeinde“ genannt -

u n d

der Albtl-Verkehrs-Gesellschaft mbH, Tullastraße 71, 76131 Karlsruhe, vertreten durch den  
Geschäftsführer,  
- nachstehend „AVG“ genannt -

wird gemäß § 5 des Eisenbahnkreuzungsgesetzes (EKrG – in der Fassung vom 21. März 1971 – BGBl. I, S. 337 – zuletzt geändert durch Artikel 281 der neunten Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. Oktober 2006 – BGBl. I, S. 2407, 2444) folgende

### Vereinbarung

getroffen:

#### § 1

#### Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Die „Bahnhofstraße“ kreuzt die DB-Strecke 4200 von Karlsruhe Hbf nach Mühlacker in DB-km 7,643/AVG-km 7,552 in der Ortsdurchfahrt Pfinztal-Söllingen höhengleich. Beteiligte an der Kreuzung sind DB als Baulastträger des Schienenweges und die Gemeinde Pfinztal als Baulastträger der Straße mit Gehwegen. Kreuzungsbeteiligte wird darüber hinaus die AVG als Baulastträgerin ihrer NE-Strecke von Grötzingen nach Söllingen sowie aller in der Verkehrsstation Söllingen vorhandenen Bahnsteige, die bisher ausschließlich vom Bahnübergang her erschlossen sind.
- (2) Aus Gründen der Sicherheit und der besseren Abwicklung des Verkehrs ist es erforderlich, den Bahnübergang in DB-km 7,640 zu beseitigen und durch die in § 2 näher bezeichneten Maßnahmen zu ersetzen.
- (3) In zeitlichem Zusammenhang mit der Beseitigung des Bahnübergangs wird außerdem eine Pkw-fähige Eisenbahnüberführung unter DB- und AVG-Strecke im Perimeter der Verkehrsstation Söllingen hergestellt (DB-km 7,643 bzw. AVG-km 7,552). Die hierfür erforderlichen Festlegungen werden in einer gesonderten Vereinbarung über eine Maßnahme nach §§ 2, 11 EKrG zwischen den Beteiligten vereinbart.

Es besteht eine tatsächliche Abhängigkeit zwischen den beiden Maßnahmen, weil die behindertengerechte Ersatzwegeführung nicht mittels der in § 2 Abs. (2) Buchst. a) genannten Eisenbahnüberführung über Fußweg, sondern durch den parallel der neuen Pkw-fähigen Ortsstraße verlaufenden Gehweg sichergestellt wird. Da diese behindertengerechte Ersatzmaßnahme kostenmäßig teurer wird, als eine baulich ohne die Pkw-fähige Straße möglich gewesene Eisenbahnüberführung an Ort und Stelle mit behindertengerechten Rampen, bleiben die Kosten der hier vereinbarten Ersatzmaßnahmen insoweit von Anfang an auf die Kosten jener Fiktivlösung an Ort und Stelle begrenzt.

Sowohl die Bauausführungsvariante als auch die Fiktivlösung für den Fußgängerverkehr berücksichtigen zudem die voraussichtliche Verkehrsentwicklung auf der AVG-Strecke, wonach die derzeit westlich der Überleitstelle Söllingen liegende Verbindung der beiden Schienenwege auf die Ostseite der Verkehrsstation verlegt werden soll und zugleich in der Verkehrsstation Söllingen die vorhandenen vier Bahnsteigkanten, allesamt in der Betreiberschaft der AVG, nutzbar bleiben müssen, was die Südverschiebung von drei Bahnsteigen erforderlich macht. Teil der kreuzungsbedingten Kostenmasse nach § 13 EKrG werden nur die notwendigen Anpassungen der Bahnsteige an die neue Fußwegführung.

## **§ 2**

### **Art und Umfang der Maßnahme**

#### **(1) Beschreibung der Baumaßnahmen:**

- a) Bau einer Eisenbahnüberführung über einen öffentlichen Fußweg in DB-km 7,643 / künftiger AVG-km 7,552 einschließlich Treppen mit Fahrrad- und Kinderwagenspuren. Die lichte Weite der Eisenbahnüberführung beträgt ca. 4 m, die lichte Höhe ca. 2,50 m und die Länge ca. 26,50 m. Das Bauwerk überführt künftig je zwei DB- und AVG-Gleise sowie die beiden östlich gelegenen, nach Süden zu verschiebenden Bahnsteige.
- b) Schaffung eines höhengleichen Bahnsteigzugangs von der „Königsbacher Straße“ her (im Bereich der östlichen Treppenanlage zu Buchst. a) über zwei künftige AVG-Gleise bis zum Anschluss an die zu verschiebenden Bahnsteige.
- c) Anpassung der Fußwegführung an das übrige vorhandene Straßennetz und an den unverändert bleibenden Bahnsteig auf der Westseite der DB-Strecke (am durchgehenden Hauptgleis nach Mühlacker).
- d) Neubau einer Eisenbahnüberführung über eine Straße für den allgemeinen Kfz-Verkehr in DB-km 7,058 / AVG-km 7,069 mit beidseitigen Schrammborden. Die lichte Weite der Eisenbahnüberführung beträgt ca. 10,25 m, die lichte Höhe > 4,50 m. Das Bauwerk überführt die vorhandenen zwei DB-Gleise und das vorhandene AVG-Gleis.
- e) Unterführung der Straße (ohne die konstruktiven Teile der EÜ nach Buchst. d) unter der DB- und der AVG-Strecke einschließlich Trogbauwerk und der erforderlichen Rampen mit Anschlüssen an das vorhandene Straßennetz von Straßen-km 0+040 bis 0+760 sowie 0+067 bis 0+100 (B 10) einschließlich Gehwege außerhalb des Unterführungsbereichs.
- f) Neubau einer Straßenüberführung über die Pfinz und über einen Radweg in ca. Straßen-km 0+344. Die Länge der Straßenüberführung beträgt ca. 30 m.
- g) Durchführung aller DB- und AVG-Zusammenhangsarbeiten, wie
  - Sicherung des Eisenbahnbetriebes

- Änderung und Anpassung der Signal-, Oberleitungs- und Betriebsfernmeldeanlagen sowie
  - alle erforderlichen sonstigen Änderungen an den Bahnanlagen
- h) Verlegung und Sicherung von Versorgungs- und Straßenentwässerungsleitungen, z.B. Strom, Wasser, Gas, Entwässerung, Telekom und Abwasser (einschließlich Pumpschächte, Pumpwerke und Regenrückhaltebecken (RÜB))
- i) Landschaftspflegerische Ausgleichs-, Ersatz- und Gestaltungsmaßnahmen
- j) Anpassung und Neubau von Zufahrten, teilweise in größeren Ausmaßen als im Bestand, Einfriedungsmauern und Zäunen
- k) Durchführung des Grunderwerbs
- l) Anlage von sieben Parkplätzen am Beginn der „Königsbacher Straße“ auf der nordöstlichen Seite der Bahnanlagen als Ersatz für die sieben durch die Baumaßnahme wegfallenden Parkplätze
- m) Sicherstellen der Querungsmöglichkeit für mobilitätseingeschränkte Menschen durch ein Provisorium.
- n) Rückbau des Bahnüberganges mit allen Anlagen und Wiederherstellung des Bahnkörperquerschnittes.

(2) Beschreibung der Kostenteilungsmasse:

- a) Fiktivlösung: Neubau einer Eisenbahnüberführung in DB-km 7,620 / AVG-km 7,528 einschließlich Treppen und behindertengerechten Rampen. Die lichte Weite der Eisenbahnüberführung beträgt ca. 4 m, die lichte Höhe ca. 2,50 m und die Länge ca. 26,00 m. Das Bauwerk würde je zwei DB- und AVG-Gleise sowie die beiden östlich gelegenen Bahnsteige in der bestehenden Lage überführen.
- b) Fiktivlösung: Schaffung eines höhengleichen Bahnsteigzugangs von der „Königsbacher Straße“ her aus dem bisherigen Bahnübergangsbereich bis zum Anschluss an die Bestandsbahnsteige.
- c) Anpassung der Fußwegführung an das übrige vorhandene Straßennetz und an den unverändert bleibenden Bahnsteig auf der Westseite der DB-Strecke (am durchgehenden Hauptgleis nach Mühlacker).
- d) Neubau einer Eisenbahnüberführung über eine Straße für den allgemeinen Kfz-Verkehr in DB-km 7,058 / AVG-km 7,069 mit beidseitigen Schrammborden. Die lichte Weite der Eisenbahnüberführung beträgt ca. 10,25 m, die lichte Höhe > 4,50 m. Das Bauwerk überführt die vorhandenen zwei DB-Gleise und das vorhandene AVG-Gleis.
- e) Unterführung der Straße (ohne die konstruktiven Teile der EÜ nach Buchst. d) unter der DB- und der AVG-Strecke einschließlich Trogbauwerk und der erforderlichen Rampen mit Anschlüssen an das vorhandene Straßennetz von Straßen-km 0+040 bis 0+760 sowie 0+067 bis 0+100 (B 10) aber insgesamt ohne Gehwege.
- f) Neubau einer Straßenüberführung über die Pfinz und über einen Radweg in ca. Straßen-km 0+344. Die Länge der Straßenüberführung beträgt ca. 30 m.

- g) Durchführung aller DB- und AVG-Zusammenhangsarbeiten, wie
  - Sicherung des Eisenbahnbetriebes
  - Änderung und Anpassung der Signal-, Oberleitungs- und Betriebsfernmeldeanlagen sowie
  - alle erforderlichen sonstigen Änderungen an den Bahnanlagen
- h) Verlegung und Sicherung von Versorgungs- und Straßenentwässerungsleitungen, z.B. Strom, Wasser, Gas, Entwässerung, Telekom und Abwasser (einschließlich Pumpschächte, Pumpwerke und Regenrückhaltebecken (RÜB))
- i) Landschaftspflegerische Ausgleichs-, Ersatz- und Gestaltungsmaßnahmen
- j) Anpassung und Neubau von Zufahrten, aber nur in bestehenden Ausmaßen, sowie von Einfriedungsmauern und Zäunen
- k) Durchführung des Grunderwerbs
- l) Anlage von sieben Parkplätzen am Beginn der Königsbacher Straße auf der nordöstlichen Seite der Bahnanlagen als Ersatz für die sieben durch die Baumaßnahme wegfallenden Parkplätze.
- m) (entfällt)
- n) Rückbau des Bahnüberganges mit allen Anlagen und Wiederherstellung des Bahnkörperquerschnittes.

### **§ 3 Planungsrecht**

Für alle eisenbahnrelevanten Maßnahmen werden die DB und die AVG gemeinsam ein planungsrechtliches Verfahren nach §§ 18 ff. Allgemeines Eisenbahngesetz in Verbindung mit § 78 Verwaltungsverfahrensgesetz durchführen.

Die Gemeinde hat die Planungen in zwei Bebauungsplanverfahren festgesetzt. Der Bebauungsplan „Nordumgehung Söllingen“ ist am 10.03.2005 und der Bebauungsplan „Alter Bahnhof Söllingen“ am 04.05.2006 in Kraft getreten.

### **§ 4 Durchführung der Maßnahmen**

- (1) Die DB führt die in § 2 Abs. (1) d) in Verbindung mit g) genannten Maßnahmen durch, die AVG führt die in § 2 Abs.(1) a) bis c) in Verbindung mit g), und m) und n) genannten Maßnahmen durch, die Gemeinde die in § 2 Abs.(1) e), f) sowie h) bis l) genannten Maßnahmen durch.

Der Baudurchführende ist für die Ausschreibung, Vergabe und Vertragsabwicklung mit dem Unternehmer zuständig.

- (2) Aufträge für Leistungen bis zu einem Betrag von 500.000 € dürfen ohne vorherige Bestätigung der anderen Beteiligten vergeben werden.
- (3) Führt ein Beteiligter Maßnahmen durch, die Einwirkungen auf Anlagen eines anderen oder den Verkehr haben können, so ist vorher dessen Zustimmung einzuholen.

- (4) Über Ausführungstermine und technische Einzelheiten zur Durchführung der Maßnahme wird eine gesonderte Baudurchführungsvereinbarung zwischen den Beteiligten abgeschlossen. Mit der Durchführung der Baumaßnahme darf erst begonnen werden, wenn die verwaltungstechnischen Voraussetzungen erfüllt sind, die Finanzierung gesichert ist und die Beteiligten dem Baubeginn zugestimmt haben.
- (5) Nach Fertigstellung der Maßnahme erfolgt eine gemeinsame Abnahme durch die Beteiligten. Dem Eisenbahn-Bundesamt und dem Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht ist auf Verlangen Gelegenheit einzuräumen, an der Abnahme teilzunehmen.  
Über die Abnahme erstellt die Gemeinde eine Niederschrift, von der die anderen Beteiligten eine Ausfertigung erhalten.
- (6) Die endgültigen Abmessungen der Kreuzungsanlage werden in Bestandszeichnungen nachgewiesen. Nach Durchführung der Maßnahmen übergibt der Baudurchführende den anderen Beteiligten eine Ausfertigung der Bestandszeichnungen.

## **§ 5**

### **Kosten der Maßnahmen**

- (1) Der Umfang der kreuzungsbedingten Kosten (= Kostenmasse) wird unter Beachtung des § 13 EKrG, der 1. Eisenbahnkreuzungsverordnung (1. EKrV) und des Allgemeinen Rundschreibens Straßenbau Nr. 8/1989 des Bundesministers für Verkehr vom 17. Mai 1989 (VkB. 1989, S. 419) und Nr. 10/1993 vom 5. April 1993 (VkB. 1993, S. 324) ermittelt.
- (2) Die Kosten der Maßnahmen (§ 2 Abs. 1) betragen voraussichtlich ca. 13.567.400 EUR. (einschl. MwSt)  
Sie sind in Höhe von vsl. 13.494.400 EUR kreuzungsbedingt (§ 2 Abs.(2)).

Eine Kostenübersicht der kreuzungsbedingten und nicht kreuzungsbedingten Kosten ist der Vereinbarung (Anlage 4) beigelegt.

- (3) Die kreuzungsbedingten Kosten werden nach § 13 Abs. (1) EKrG von der DB, von der Gemeinde und vom Bund zu je einem Drittel getragen.

Demnach entfallen voraussichtlich auf

– die DB	4.498.133EUR
– die Gemeinde	4.498.134 EUR
– den Bund	4.498.133 EUR

- (4) Die nicht kreuzungsbedingten Kosten in Höhe von vsl. 73.000,00 EUR trägt die Gemeinde.
- (5) Anfallende Umsatzsteuer in Höhe des zum jeweiligen Fälligkeitszeitpunkt geltenden Steuersatzes gehört zur Kostenmasse.
- (6) Die Beteiligten stellen Verwaltungskosten nach § 5 der 1. EKrV in Höhe von 10 v.H. der von ihnen aufgewandten Grunderwerbs- und Baukosten in Rechnung.
- (7) Die endgültigen Kosten ergeben sich aus der Schlussabrechnung, die von der Gemeinde erstellt wird .

## **§ 6**

### **Abschlagszahlung und Abrechnung**

- (1) Die Kreuzungsbeteiligten und der Bund leisten Abschlagszahlungen nach dem Baufortschritt auf die Kosten der Maßnahme, die von einem anderen Beteiligten durchgeführt werden.
- (2) Für das Verfahren bei der Bauausführung, der Kostenerstattung, der Leistung von Abschlagszahlungen und der Abrechnung der Maßnahme (§ 2) gelten die Richtlinien über das Verfahren bei der Bauausführung und Abrechnung von Maßnahmen nach dem EKrG, die der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) als Anlage 2 des Allgemeinen Rundschreibens Straßenbau Nr. 7/2000 vom 6. März 2000 (VkBf. 2000, S. 172) bekannt gegeben hat.
- (3) Der endgültige Zahlungsausgleich wird unverzüglich nach Übersendung und Prüfung der Schlussabrechnung durchgeführt. Bei Meinungsverschiedenheiten darf die Zahlung der unbestrittenen Beträge nicht bis zur Klärung der Streitfragen zurückgestellt werden.

## **§ 7**

### **Erhaltung und Eigentum**

- (1) Für die Erhaltung der Kreuzungsanlagen gilt § 14 EKrG.

Danach erhält:

- a) die DB ihre Eisenbahnanlagen, dies sind insbesondere die von der DB-Strecke überführten Teile der Eisenbahnüberführungen nach § 2 Abs. (1) Buchst. a) und d);
  - b) die AVG ihre Eisenbahnanlagen, dies sind insbesondere der von der AVG-Strecke überführte Teil der Eisenbahnüberführung nach § 2 Abs. (1) Buchst. d), der von den künftigen AVG-Gleisen überführte Teil der Eisenbahnüberführung nach § 2 Abs. (1) Buchst. a) und der Bahnsteigzugang nach § 2 Abs. (1) Buchst. b).
  - c) die Gemeinde die Straßenanlagen.
- (2) Die Kennzeichnung der Unterhaltungsgrenzen zwischen DB und AVG innerhalb der Eisenbahnüberführungen erfolgt durch Scheinfugen, der Übergang zwischen den Straßenanlagen und den Eisenbahnüberführungen erfolgt durch Konstruktionsfugen, die zu den Straßenanlagen gehören.
  - (3) Für Erhaltungsmaßnahmen, die Anlagen eines anderen Beteiligten betreffen, wird dessen vorherige Zustimmung eingeholt, es sei denn, dass Gefahr im Verzuge ist. Dabei werden auch Umfang der Mitbenutzung der Anlagen des betroffenen Beteiligten sowie ggf. erforderliche Sicherheitsvorkehrungen festgelegt.
  - (4) Alle Anlagen werden mit Beendigung der Abnahme Eigentum des jeweiligen Erhaltungspflichtigen.

## **§ 8**

### **Sonstiges**

- (1) Die Brückenprüfungen der Eisenbahnüberführungen wird von der jeweiligen Eisenbahn (DB und AVG) nach den für sie geltenden Vorschriften und Richtlinien durchgeführt.

- (2) Der Gemeinde gestattet der DB und der AVG im Rahmen der Duldungspflicht des § 4 EKrG ungeachtet einer evtl. erforderlichen wasserrechtlichen Erlaubnis die unentgeltliche Einleitung des Oberflächenwassers von den Eisenbahnüberführungen in die Straßenentwässerungsanlagen.
- (3) Für eventuelle Folgekosten für die Verlegung, Änderung oder Sicherung von Telekommunikationslinien gelten die Bestimmungen der §§ 72 ff. des Telekommunikationsgesetzes (TKG) vom 22.06.2004 in der jeweils geltenden Fassung, soweit keine besonderen vertraglichen Regelungen bestehen.
- (4) Von den Kosten für Leitungsanpassungsarbeiten werden nur die Anteile der Kostenmasse angelastet, die ein Beteiligter als Baulastträger eines der beteiligten Verkehrswege zu tragen hat. Nicht zur Kostenmasse zählen die aufgrund bestehender Rechtsverhältnisse von Dritten (z.B. Konzessionsverträge) zu übernehmenden Kosten. Diese sind erforderlichenfalls von dem jeweiligen Vertragspartner bis zur Durchsetzung seiner Ansprüche vorzufinanzieren.
- (5) Alle Arbeiten sind weitestgehend unter Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes auszuführen.
- (6) Die notwendigen Maßnahmen der Verkehrsführung und Verkehrslenkung werden durch die Gemeinde veranlasst.
- (7) Die Durchführung baulicher / technischer Maßnahmen bzw. die Genehmigung entsprechender Maßnahmen Dritter im Verkehrsweg eines Beteiligten obliegt jedem Beteiligten für seinen Verkehrsweg. Leitungsverlegungen und der An- oder Einbau sonstiger Einrichtungen, das Anbringen von Werbeeinrichtungen usw. bedürfen jedoch jeweils der vorherigen Zustimmung der anderen Beteiligten. Diese können ihre Zustimmung verweigern, wenn eigene berechnete Interessen durch die Maßnahme beeinträchtigt werden können. Die Zustimmung kann davon abhängig gemacht werden, dass vor Durchführung der Maßnahme eine besondere vertragliche Regelung zwischen ihm und dem Maßnahmenträger zustande kommt.
- (8) Ein ggf. erforderlicher Grunderwerb der Beteiligten untereinander wird gesondert vertraglich geregelt.
- (9) Die Verkehrssicherungspflicht inkl. Reinigungs- und Winterdienst und die Beleuchtung aller Straßenanlagen sowie die Säuberung der Ansichtsflächen unterhalb der Eisenbahnüberführungen obliegt der Gemeinde.
- (10) Bestehende sonstige Vereinbarungen im Innenverhältnis zwischen AVG und Gemeinde bleiben von dieser Vereinbarung insgesamt unberührt.

## **§ 10 Schlussbestimmungen**

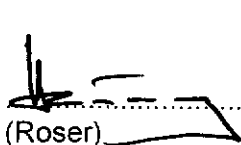

- (1) Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.
- (2) Diese Vereinbarung bedarf wegen des in § 5 vorgesehenen Beitrages des Bundes der Genehmigung des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) nach § 5 EKrG. Der Straßenbaulastträger wird die Genehmigung beantragen.

(3) Folgende Anlagen werden Bestandteil dieser Vereinbarung:

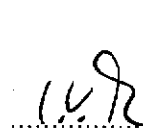
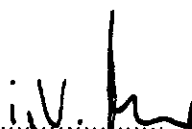
- Anlage 1    Übersichtsplan
- Anlage 2    Zusammenstellung der voraussichtlichen Kosten (DB-Vordruck)
- Anlage 3    Kostenzusammenstellung nach AKS
- Anlage 4    Kostenteilungsplan

(4) Diese Vereinbarung wird achtfach ausgefertigt. Die Beteiligten und der BMVBS erhalten je zwei Ausfertigungen.

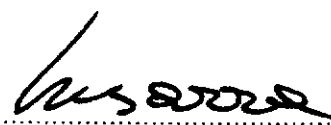
Pfinztal, den 16.07.07  
Der Bürgermeister der  
Gemeinde Pfinztal

  
(Roser)  Dienstsiegel

Karlsruhe, den 16.07.07  
DB Netz AG  
Regionalbereich Südwest

  
Faatz   
Becker

Karlsruhe, den 16.07.07  
Albtal Verkehrs-Gesellschaft mbH

  
Dr. Casazza

nach Maßgabe meines Schreibens vom  
20.12.2010-LA 15/78.11.20/ 42 BL 10-  
genehmigt.  
Bundesministerium für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung  
Im Auftrag

